

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

▶ Immer mehr Kommunen wehren sich gegen CETA, TTIP und TiSA!

Fast täglich wächst die Liste der Städte und Kreistage, die sich kritisch bis ablehnend gegenüber den sogenannten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) positionieren. (s. www.attac.de/TTIP-in-Kommunen) Auch der Rat der Stadt Göttingen hat zwischenzeitlich eine entsprechende Resolution verabschiedet. Bleibt zu hoffen, dass der Kreistag dann wenigstens in seiner Dezember-sitzung dem folgen wird.

Als eine der ersten Fraktionen hatte die Ratsfraktion der Göttinger Linken schon im März dieses Jahres das Thema aufgegriffen und einen Ratsantrag als Prüfauftrag an die Verwaltung die Verwaltung gestellt, die die möglichen Auswirkungen von TTIP und anderer Freihandelsabkommen auf unsere Stadt prüfen sollten. Wenn auch auf diesen Prüfantrag bis heute keine Antwort der Verwaltung folgte, so lassen doch die durchgesickerten Informationen und die von NGOs – hier insbesondere von attac – aber auch dem Deutschen Städtetag angestellten Recherchen immer deutlicher erkennen, welche massive Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung bei Verabschiedung der Freihandelsabkommen die Folge sein dürften.

▶ Gemeinsam gegen TTIP und CETA

Aktionstag am Samstag, 6. Dezember, 11.00 bis 14.00 Uhr am Gänseliesel!

Wir wollen Unterschriften unter die Listen der Europäischen Bürgerinitiative sammeln und rufen alle TTIP-GegnerInnen auf, am Nikolaustag selbst mit Hand anzulegen.

Göttinger Linke, Partei Die Linke., DKP



Hier nur ein paar Beispiele:
TTIP fördert und begünstigt massiv weitere Privatisierungen

Auf der Grundlage von Negativlisten werden öffentliche Dienstleistungen aufgelistet, die von einer sogenannten Liberalisierung des Marktes ausgenommen werden sollen. Nach allem was man weiß, ist dies aber insbesondere auf Justiz, Polizei, Strafvollzug u.ä. bezogen und begrenzt. Nicht dabei sind also viele Bereiche der Grundversorgung wie Wasser und Abwasser, Energie- und Abfallwirtschaft, Bildung und Kultur. An die Rekommunalisierung etlicher in der Vergangenheit privatisierter Bereiche der Daseinsfürsorge wäre schon gar nicht mehr zu denken.

TTIP schränkt durch die Ausschreibungspflicht die Berücksichtigung regionaler Belange und Firmen wesentlich ein und forciert eine reine Ökonomisierung kommunalen Handelns

Attac führt dazu konkrete Beispiele an. Wenn eine Kommune z.B. ihre Schulen sanieren will, darf sie nicht einfach eine ortsansässige Firma beauftragen, die ökologisch arbeitet, die tarifgerechte Löhne zahlt, die ausbildet etc. Kommunen müssten zukünftig noch viel stärker als bisher schon über ein Ausschreibungsverfahren Ihren Auftrag nur noch an den vergeben, der das kostengünstigste Angebot abgibt. Was dies für die Vergabe

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

TTIP: Kommunen wehren sich	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Strommarkt: EAM	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
Die LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Leserbrief	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2015
ist der 12. Dezember.
Auslieferung am 18. Dezember.

Donnerstag, 11. Dez. 14, 20.00 Uhr
Naturfreundehaus Naturfreundeweg

Grünkohlessen der Göttinger Linke

Anmeldung unter goelinke@web.de (S. 4)

5. Dez., 19.30 Uhr Kino Lumiere:

Die Kraft der Schwachen

Ein Film von Tobias Kriele über die gelungene Inklusion eines mehrfach behinderten Jungen in Cuba. (Mehr auf Seite 3 Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba oder auf www.kraftderschwachen.de)

von Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe, der außerschulischen Bildung und auch der Kultur bedeutet, darf man sich gar nicht näher ausmalen.

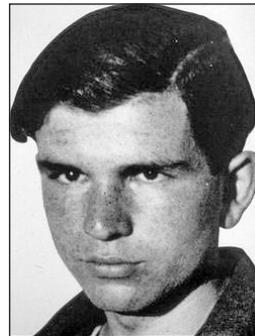
(...) weiter auf Seite 8



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Emil Carlebach – Leben eines Antifaschisten und Kommunisten



Veranstaltung mit Ulrich Schneider und Lena Carlebach

Dienstag, 02.12.2014, 19:00 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Am 10. Juli 2014 wäre der 2001 verstorbene Emil Carlebach 100 Jahre alt ge-

worden. Aufgewachsen in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Frankfurt am Main wurde der junge Kommunist aktiv gegen die aufkommende Nazi-Bewegung. Er beteiligte sich nach 1933 weiter am antifa-

schistischen Widerstand, wurde verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald gesperrt. In Buchenwald war er Teil der Leitung des illegalen antifaschistischen Lagerkomitees und aktiv an der Selbstbefreiung des Lagers im April 1945 beteiligt. Nach 1945 wurde er Mitgründer der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Bis ins hohe Alter engagierte er sich aktiv gegen Faschismus und Militarismus. Über sein Leben und Wirken werden Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA, sowie Lena Sarah Carlebach, Enkelin von Emil Carlebach, berichten.

Oradour –

► Geschichte eines Massakers der Waffen-SS

Lesung mit der Journalistin und Autorin Florence Hervé

Dienstag, 03.12.2014, 18:00 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Als „Vergeltungsaktion“ für Partisanenüberfälle ermordete die 2. SS-Panzer-Di-

vision „Das Reich“ am 10. Juni 1944 die Bevölkerung des kleinen französischen Dorfes Oradour-sur-Glane. 642 Menschen, darunter 207 Kinder, fielen diesem Massaker zum Opfer. Das Dorf wurde

anschließend von der SS niedergebrannt. Florence Hervé beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Terroraktionen der deutschen Besatzer in Frankreich und insbesondere auch mit dem Fall Oradour. Gemeinsam mit dem Fotografen Martin Graf hat sie dieses Jahr in deutscher Sprache ein Buch zum Massaker von Oradour-sur-Glane herausgegeben, aus welchem sie Passagen lesen wird.

► Im Ghetto von Odessa

Zeitzeugengespräch mit dem Shoa-Überlebenden Alexander Schissel

Donnerstag, 04.12.2014, 17:00
**Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde,
Angerstraße 14**

Als Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfiel, änderte sich auch für Alexander Schissel das Leben dramatisch. Als jüdisches Kind in Odessa musste der Elfjährige mit seiner Familie an einem To-

desmarsch teilnehmen, an dessen Ende seine Mutter und Großmutter ermordet wurden. Er selbst entging dieser Mordaktion und wurde in verschiedene Arbeits- und Konzentrationslager deportiert. Nach der Befreiung vom Faschismus arbeitete Alexander Schissel als Geologe in der Sowjetunion. Im Jahre 1998 wanderte er im Rahmen des Kontingents jüdischer Zuwanderer nach Göttingen aus. ■

SA-Ikone Horst Wessel sein. (Allerdings hat der Ort Güntersen rein gar nichts mit Horst Wessel zu schaffen, auch gibt es auf dem Friedhof weder ein Grab noch einen Gedenkstein für diesen von den Nazis als „Märtyrer der nationalen Sache“ Abgefeyerten.) Seitens der Güntersener Bevölkerung, die sich bereits aktiv gegen die kriminelle Rockerbande Hells Angels, welche sich im Örtchen einnisten wollte, zur Wehr gesetzt hatte, gibt es mittlerweile eine breite Protestfront gegen die angekündigte Nazi-Kundgebung. Auch das Göttinger Bündnis gegen Rechts ruft zum antifaschistischen Protest auf und wird auch Busse für die Protestaktionen in Güntersen stellen. Die VVN-BdA Göttingen beteiligt sich im Rahmen des Bündnis gegen Rechts am Widerstand gegen die Nazi-Provokation in Güntersen. Nähere Infos zur Mobilisierung werden wir in der kommenden Ausgabe der Göttinger Blätter bringen.

► Gemeinsam gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch in Güntersen!

Für den 28.02.2015 hat der Neonazi Mario Messerschmidt für die faschistische Partei „Die Rechte“ eine Kundgebung

auf dem Friedhof in Güntersen (bei Göttingen) angemeldet. Anlass für dieses Spektakel soll ein Gedenken an die

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 16. Dezember 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Bundesregierung: Die US-amerikanischen Maßnahmen gegen Kuba sind rechtswidrig!

Dokumentiert: Auszug aus der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 05.11.2014 zur US-Amerikanischen Blockade-Politik gegen Kuba:

Vizepräsident Peter Hintze: Dann kommen wir zur Frage 6 des Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Fraktion Die Linke: **Welche Argumente haben die Bundesregierung dazu bewogen, auf der diesjährigen UN-Vollversammlung, wie schon in den Vorjahren, gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit der UN-Mitgliedsländer gegen die Stimmen der USA und Israels für eine sofortige Aufhebung der US-amerikanischen Blockade gegen Kuba zu stimmen?** Herr Staatsminister:

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Vielen Dank, lieber Kollege Wolfgang Gehrcke. –Das ist keine neue Entscheidung gewesen. Die EU hat wie in den vielen Jahren zuvor geschlossen für eine sofortige Aufhebung des US-amerikanischen Embargos gegen Kuba votiert. Da gibt es großen Konsens in der Europäischen Union. Es gibt nur wenige Partner auf der internationalen Ebene, die den Vereinigten Staaten dazu gestimmt haben. Sie haben nach dem Grund gefragt, warum die Bundesregierung so votiert hat. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die US-amerikanischen Maßnahmen wegen ihrer Drittwirkung rechtswidrig sind. Sie berühren unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union. Deshalb können wir ihnen nicht zustimmen. Wir haben ihnen auch in den vergangenen Jahren nicht zugestimmt.

Wolfgang Gehrcke: Lieber Herr Staatsminister, ich habe lange nachgedacht, ob ich eine Frage finde, bei der ich die Bundesregierung einmal loben kann. Jetzt habe ich eine gefunden: Würden Sie das Lob denn annehmen, dass es sehr vernünftig war, wie in den letzten Jahren für die Aufhebung der bürgerrechtswidrigen Blockade Kubas zu stimmen und Aktivitäten in diese Richtung in Gang zu setzen?

Michael Roth: Ich habe Ihnen die Begründung dargelegt, die die Bundesregie-

rung dazu veranlasst hat, gegen dieses Embargo zu stimmen. Das ist keine neue Entscheidung. Ich persönlich freue mich natürlich sehr darüber, von – das darf ich jetzt mal so sagen – dir ein Lob zu empfangen. Das ist, glaube ich, das erste Mal, seitdem ich im Amt bin. Das empfinde ich als eine große Genugtuung.

Wolfgang Gehrcke: Wenn ich schon lobe, dann will ich dafür auch noch etwas haben. – Ich möchte natürlich nicht nur wissen, was die Bundesregierung wie in den vergangenen Jahren zu dieser Entscheidung bewogen hat – das finde ich alles ganz toll –, sondern ich möchte wissen, was die Bundesregierung jetzt macht, um ihre Entscheidung zur Aufhebung der Blockade durchzusetzen und zusammen mit anderen EU-Partnern in die Praxis umzusetzen. Sie könnte etwa in der EU vorstellig werden, um den sogenannten Gemeinsamen Standpunkt gegenüber Kuba aufzuheben.

► Die Kraft der Schwachen

www.kraftderschwachen.de | 05. Dezember 2014 | Kino Lumière



Dieser Film über Jorge Jerez beschreibt den verblüffenden Vorgang, wie eine lebensgefährliche Behinderung unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen aufgehoben werden kann.

Jorgito wird bei der Deutschlandpremiere des Films und den folgenden Veranstaltungen davon sprechen, was es für ihn bedeutete, in Kuba aufzuwachsen. Und er wird von seinem Anliegen berichten, seinen zweiten Familie zu retten.

Kuba/Deutschland 2014, 50 Min, Spanisch mit dt. Untertitel

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Wir wollen für das Winterhalbjahr wieder eine Einführung in oder auch Fortbildung für ein wichtiges Thema des Marxismus anbieten – alle 14 Tage 2 Stunden für 4 Monate.

Diesmal soll es um

„Das Kapital – Kritik der Politischen Ökonomie“

von Karl Marx gehen. (siehe auch Mitgliederversammlung am 16. Dezember)

Sicher wünschen sich viele Linke, besonders Marxisten, dass sie dieses umfangreiche Werk kennen, verstehen und praktisch verwenden können. Für Mitglieder oder Anhänger einer Partei, die sich auf den Historischen Materialismus bezieht und für sich beansprucht einen „wissenschaftlichen“ (Weg zum) Sozialismus zu vertreten, ist das nahezu unabdingbar!

Nun kann kein normaler Mensch die 3 Bände des Kapital einfach mal so lesen. Dafür fehlt die Zeit, die Vorbildung und der Nerv.

Aber statt nun jahrelang um die drei Bände herumzuschleichen, oder sich mit Einführungen zu plagen, wollen wir einen beherzten Versuch machen uns einen Überblick über die drei Bände zu verschaffen, das Besondere von Marx Kritik ... gegenüber seinen Vorläufern und vor allem gegenüber der heutigen akademischen Volkswirtschaftslehre zu verschaffen.

Dabei werden wir beginnen mit den Erfahrungen der Teilnehmer in ihrem ökonomischen Alltagsleben und enden mit der Weise, wie heute über Unternehmen und Konzerne, also Einzelkapitale in Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen geschrieben wird und wie über die Gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse mit Hilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) etwa über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) diskutiert wird, also über die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit und des Klassenkampfes – und darüber, was das alles mit Marx „Kapital“ zu tun hat.

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 09. Dezember, 20.00 Uhr

Kreismitgliederversammlung mit Neuorganisation der Grundorganisationen

Dienstag, 16. Dezember, 20.00 Uhr

Eröffnungsveranstaltung für die Bildungsreihe im Winterhalbjahr 2014/15 „Das Kapital – Kritik der Politischen Ökonomie“ von Karl Marx

Donnerstag, 11. Dez. 14, 20.00 Uhr Naturfreundehaus Naturfreundeweg

Grümkohlessen der Göttinger Linke

Kosten:

- Für alle NormalverdienerInnen (mit Fleisch): 6,00 Euro
- Für alle NormalverdienerInnen (ohne Fleisch): 4,00 Euro
- Für Menschen mit „kleinem“ Einkommen (mit Fleisch): 4,00 Euro
- Für Menschen mit „kleinem“ Einkommen (ohne Fleisch): 2,50 Euro

Damit nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel eingekauft wird, bitten wir um eine „Tischreservierung“ unter Angabe „Fleisch/keinFleisch“unter:

goelinke@web.de spätestens bis zum 8. Dezember

UZ

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

*Rote Fahnen
sieht man besser!*

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos
probelesen!**

Name _____ Vorname _____

PLZ / Ort / Straße Nr. _____

E-Mail _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

www.unsere-zeit.de



Der Strommarkt:

► Konkurrenz belebt das Geschäft? Wem das zu hoch ist, der hat Recht!

Wer kennt sich noch aus bei den immer undurchsichtigeren Aktivitäten der neuen EAM. Hier ein Versuch, etwas Licht ins Dunkel zu bringen und die Situation zu erklären – teilweise sollte man aber ganz langsam lesen:

Die neue EAM betreibt seit Monaten den Aufbau eines von ihren Kernaktivitäten des Netzbetriebes separierten Vertriebes, versucht also Strom und Gas zu verkaufen. Aber aus eigener Kraft scheint dies noch nicht recht zu gelingen. Dies ist allerdings nicht verwunderlich, denn die KundInnen der alten E.ON-Mitte waren ausdrücklich nicht Teil des Kaufes der EAM, diese hat die E.ON „mitgenommen“; man startet als neuer EAM-Vertrieb also bei Null.

Gleichzeitig gibt es in einigen Regionen des EAM-Gebietes schon kommunale AkteurlInnen wie die Stadtwerke Göttingen, die selbst Strom und Gas verkaufen, in Göttingen konkret GöStrom und GöGas. Hier und anderswo entsteht eine Konkurrenzsituation mit eigenen quasi verbundenen Gesellschaften.

So hält die Stadt Göttingen also 51% an den Stadtwerken Göttingen, 49% der Stadtwerke gehören der EAM. Die Stadt wiederum hält derzeit 14,7% an der EAM und wirkt somit daran mit, dass die neue Vertriebsgesellschaft der EAM den Stadtwerken Göttingen direkt Konkurrenz macht um die über 10.000 GöStrom-KundInnen! Zur Krönung ist die EAM eben noch selbst mit 49% an den Stadtwerken Gö beteiligt. Die Stadt Göttingen verkauft so indirekt über zwei Firmen Strom und Gas. Konkurrenz belebt das Geschäft ???

Nunmehr werden diese Vertriebsaktivitäten der EAM noch ergänzt: Die Städtische Werke AG Kassel beteiligt sich zu 49,99% an der EAM Vertrieb. Die mit vollmundiger Ankündigung gegründete EAM Vertrieb GmbH ist nach wenigen Monaten nun schon nur noch knapp zur Hälfte Teil des EAM-Konzerns, den die Kommunen im vergangenen Jahr erworben haben. Traut man sich das also allein nicht zu?

Auch Kassel fällt jetzt als Wachstumsgebiet vom EAM Vertrieb eher aus, denn da sind die Städtischen Werke Kassel natürlich seit Jahr und Tag der Platzhirsch! Diese Firma ist zu 75% in den Händen der Stadt Kassel und zu

25% im Besitz der Thüga-Gruppe. Insofern auch alles kommunal. Die Thüga hält bundesweit eine Vielzahl von überwiegend Minderheitsbeteiligungen an Stadtwerken und ist ein entsprechendes Netzwerk. Hauptgesellschafter der Thüga sind die Stadtwerke von Hannover, Frankfurt und Nürnberg. Zum kleineren Teil sind die Stadtwerke, an denen die Thüga beteiligt ist, meist über Kreuz auch an der Thüga selbst beteiligt. Die Thüga als größte kommunale Gruppe der Energieversorgung ist dabei stärker etabliert als die neue EAM. So versorgen alle Gesellschaften zusammen genommen, an denen die Thüga mit mindestens 20% beteiligt ist, beispielsweise fast 4 Millionen Stromkunden und erwirtschaften einen Gesamtumsatz von 23 Milliarden Euro (in 2013). Es mag somit alles interessant und neu sein, was da in Sachen EAM-Vertrieb geschieht, einen Sinn kann man bisher jedoch nicht erkennen.

Bunt gestrickt sind auch die Antworten auf die Beteiligungsangebote, die die neuen EAM-Gesellschafter an über 100 Städte und Kommunen im EAM-Netzgebiet gemacht haben. Von einstimmiger Ablehnung aufgrund der Risikoeinschätzung bis vollständiger Zustimmung reichte das Spektrum in der Region und überall. Im Landkreis Göttingen sind manche Gremiendiskussionen deutlich zugespitzter verlaufen als in Rat und Kreistag. Im Ergebnis lehnen beispielsweise Waake, Landolfshausen, Varlosen, Ebergötzen und Rosdorf einstimmig oder fast einstimmig ab, wohingegen Scheden, Jühnde, Gleichen und Dransfeld Anteile erworben haben. Markant jedoch, dass Bedenken und Unsicherheiten überall zur Sprache kamen und auch immer wieder die große Frage: Warum nur verkauft die E.ON das angeblich so sichere Geschäft des Netzbetriebes? Von den im gesamten Netzgebiet angebotenen 49,9% Aktienanteilen wurden 35,3% durch insgesamt 109 Kommunen übernommen, also auf Kredit gekauft. Kapitalismus heißt



Spekulation, immer und überall. Aber es haben auch rund ein Drittel der Kommunen das Angebot abgelehnt, anders als Stadt und Kreis Göttingen!

Wichtig beim Strom- und Gasverkauf ist noch: Die höchsten Erträge sind regelmäßig in Funktion des sogenannten Grundversorgers zu erzielen. Der Grundversorger bekommt alle Kunden automatisch, die sich nicht aktiv um einen Lieferanten kümmern. Sie schalten beim Wohnungseinzug einfach das Licht ein und vergleichen keine Preise oder sonst etwas. Diese Gruppe der Grundversorger-KundInnen ist unverändert die absolute Mehrheit. Grundversorger in einem örtlichen Netz ist immer derjenige, der die meisten KundInnen in diesem Ortsnetz hat. Wer also einmal Grundversorger ist, hat leichtes Spiel, dies auch zu bleiben und ohne Kampfpreise die Gewinne einzusammeln.

Im Netzgebiet der neuen EAM dürfte ausschließlich die E.ON der jeweilige Grundversorger sein und wird dies bis auf Weiteres auch überall bleiben. Auch ein schlüssigerer Aufbau eines eigenen EAM-Vertriebes würde daran auf Jahre hinaus nichts ändern. Nicht in Sicht, dass die EAM überhaupt irgendwo in 10 Jahren Grundversorger sein wird. Da hat die E.ON trotz hohem Kaufpreis vorgebaut.

Bald gibt es die erste Jahresbilanz der neuen EAM zu studieren. Hoffen wir mal darauf, dass es nicht schon im ersten Jahr ein böses Erwachen gibt! Denn: Die extrem milde Witterung des Jahres 2014 wird dazu führen, dass kräftige Umsatzaufschläge bei den Entgelten für das Gasnetz das erste EAM-Ergebnis kräftig verhaseln. Obwohl man diesen Effekt langfristig ausgeglichen bekommt, würde es vermutlich knirschen.

Denn wie langfristig denken denn die mit EAM-Aktien spekulierenden Kommunen und ihre KreditgeberInnen?

(kabe)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung im Dezember

Montag, 15. Dezember 2014, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Neuwahl Schatzmeister_in*
4. Nachwahl Kassenprüfer_in
5. Wahl der Delegierten zum Landesausschuss
6. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag/zur Landesdelegiertenkonferenz
7. Gerichtsverfahren Hann.Münden
8. Kommunikation
9. Fusion der KVs Göttingen und Osterode
10. Umgang mit Antrag Agenda für die Göttinger Linke
11. Kampagnenplanung Bundespartei
12. Verschiedenes

*Gesucht wird eine geeignete Person, die bereit ist, dieses Amt mindestens ein Jahr auszuüben.

Aktion zu TTIP

Samstag, 06.12.2014, 10.30 bis 14.30 Uhr Fußgängerzone

Der OV Göttingen unserer Partei, die Göttinger Linke und ihre übrigen Mitgliedsorganisationen planen Infostände, um offensiv Unterschriften gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA zu sammeln. (Weitere Informationen auf der Seite der Göttinger Linken).

Gemeinsames Jahresabschluss-Grünkohl-Essen der Organisationen der Göttinger Linken

Donnerstag, 11. Dezember, 20.00 Uhr Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg
Weitere Einzelheiten auf Seite 4

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Nächstes Treffen: Montag, 12. Januar, 19.00 Uhr im Roten Zentrum
Schwerpunktthema wird noch bekannt gegeben.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 14. Januar 2015, 19.30 Uhr im Balkangrill, Masch 25, Rosdorf
Neuwahlen der OV-Sprecher und Planung der weiteren Arbeit

Termine der übrigen Ortsverbände bei den jeweiligen Ansprechpartnern erfragen.

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Veranstaltungsreihe Roter Salon:

Epochenbruch und kommunaler Sozialismus

mit Manfred Sohn, Diplomsozialwirt und Landesvorsitzender von DIE LINKE Niedersachsen

Montag, 1. Dezember, 19.00 Uhr, Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Hat die heutige Krise tiefere Auswirkungen als die „Große Depression“ 1873 oder die Weltwirtschaftskrise 1929? Manfred Sohn nimmt an, dass das kapitalistische System diesmal die Krise nicht überleben kann und an seiner eigenen Produktivität gleichsam erstickt. Den Ausweg aus der drohenden Barbarei könne nur ein neuer Sozialismus bilden, der aber aufgrund der heutigen wirtschaftlichen und technologischen Bedingungen dezentrale Formen annehmen müsse. Die Macht solle an demokratisch gewählte Räte in den Betrieben und Kommunen übergeben.

Weitere Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf den Seiten 9 und 11

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

GÖLINKE. Ratsinfo aktuell

Nr. 28
Dez. 2014

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Editorial: Im November gibt es traditionell keine Ratssitzung. In diesem Allerdings doch und zwar lediglich zur Vereidigung des neuen OB. Dauerte dann auch ganze 10 Minuten. Statt einem Bericht aus der Ratssitzung gibt es diesmal unser aktuellsten Pressemitteilungen zum Nachlesen.

Göttinger Linke-Ratsfraktion ruft zur Solidarität mit dem Protestcamp für Kobane auf

In der Stadt Kobane drohen Massaker durch den IS an hunderttausenden Kurden. Tausende Dschihadisten der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ (IS) greifen seit dem 15. September die Stadt Kobane in der selbstverwalteten Region Rojava in Nordsyrien an. Gegen die zahlen- und ausstattungsmäßig weitaus überlegenen IS leisten die kurdischen Volksverteidigungskräfte (YPG) und Frauenverbände (YPJ) derzeit erbitterten Widerstand.

Am Göttinger Gänseliesel finden seit mehreren Tagen Demonstrationen und Informationsveranstaltungen statt, um die Öffentlichkeit auf die aktuelle Lage in Kobane aufmerksam zu machen. Die Demonstrationen sind organisiert durch die Antifaschistische Linke (Antifa) und durch den „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK).

Die Stadtratsfraktion der Göttinger Linken ruft alle, besonders die Ratsmitglieder der anderen Parteien, dazu auf, sich mit dem Protestcamp in der Göttinger Innenstadt und dem Widerstand der Kurden zu solidarisieren.

Civar Akad (Mitglied der GöLinke-Ratsfraktion, stellv. Fraktionsvorsitzender) verurteilt die Angriffe der IS-Terror-Organisation auf das Schärfste: „Was derzeit in Kobane passiert, ist eine absolute Katastrophe“, so Akad. Er fordert: „Die internationale Gemeinschaft muss Gewalt sowie Ungerechtigkeit in der Welt abschaffen. Ein Völkermord kann und darf nicht zugelassen werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich humanitäre Hilfe zu leisten und sämtliche Unterstützerstaaten der Terror-Organisation IS, insb. Saudi-Arabien, Türkei und Katar, von der Förderung abzubringen. Auch das Verbot der PKK ist nicht zu rechtfertigen und daher unverzüglich aufzuheben“, so Akad abschließend.

Göttinger LINKE. Ratsfraktion kritisiert Vorgehen des Studentenwerks gegen politische Transparente

Die Ratsfraktion der GöLINKE. kritisiere massiv das Vorgehen des Studentenwerkes hinsichtlich der Entfernung von Transparenten mit politischem Inhalt in der Roten Straße in Göttingen.

„Wir teilen die Meinung der Hausgemeinschaft, dass politische Aussagen in unser Stadtbild gehören. Gerade nach der Einigung im Konflikt zwischen Studentenwerk und den BewohnerInnen der Humboldtallee 9, erwarten wir einen anderen Umgang des Studentenwerkes mit den BewohnerInnen der selbstverwalteten Häuser, schließlich gehören politische Transparente auch zu einer in Jahrzehnten gewachsenen politischen Kultur und Ausdrucksweise und sind feste Bestandteile einer Selbstverwaltung“, so Patrick Humke, Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linken-Ratsfraktion.

Humke, der an den Gesprächen zur Lösung des Konflikts in der Humboldtalle 9 und an der Formulierung einer Satzung zu dessen Nutzung beteiligt war, sagte, dass diese Einigung ein großer Schritt in die richtige Richtung war und man sich nun auf andere Probleme konzentrieren könne.

„Das Studentenwerk sollte sich nun um das dringende Problem der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kümmern, statt selbstverwalteten Strukturen kleinliche Vorschriften zu machen. Wir hatten ein positiveres Verhalten erwartet und kein kleinkariertes Verkämpfen an solchen Punkten“, so Humke abschließend.

Göttinger LINKE. Ratsfraktion befürwortet Neubau der Fußgängerbrücke an der Godehardstraße UND Fußgängerampel

Die Ratsfraktion der GöLINKE. könne den Wunsch vieler Eltern von SchülerInnen des OHG nachvollziehen, eine neue Fußgängerbrücke zu bauen.

„Natürlich bietet eine solche Brücke die sicherste Möglichkeit, die Godehardstraße zu überqueren“, so Patrick Humke, Fraktionsvorsitzender der GöLINKE.-Ratsfraktion „es entstehen weder FußgängerInnen noch AutofahrerInnen Wartezeiten.“

Nach Abwägung aller Fakten sei die Göttinger Linke-Ratsfraktion zu dem Schluss gekommen, der Neubau einer Fußgängerbrücke sei in jedem Falle wünschenswert, dürfe aber eine Signalanlage nicht ausschließen!

„Für uns sind auch die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen maßgeblich bei solchen Entscheidungen. Für Menschen mit Gehbehinderungen ist eine Straßenquerung per Brücke ausgeschlossen. Deshalb fordern wir, dass auch im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, zusätzlich zur Brücke eine Lichtsignalanlage inklusive akustischem Signal errichtet wird. Nur so werden wir den Bedürfnissen Aller gerecht“, so Patrick Humke abschließend.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Da weiß man doch, wen man vor sich hat:

▶ Oppermann verteidigt TTIP und wirft Kritikern Polemik vor

„Sie machen Stimmung gegen die Europäische Union“ und „schießen weit über das Ziel hinaus“, so Oppermann in einer SPD-Veranstaltung im Alten Rathaus. Gemeint sind damit z.B. Äußerungen von Dierk Hirschel (Verdi), der mit auf dem Podium saß. Der konstatierte z.B. dass die Kommission einseitig die Interessen von Konzernen auf Kosten der Bevölkerung vertritt. Bernd Lange (SPD MdE) beklagt, dass er selbst als Europaparlamentarier praktisch keine Einsicht in die Vertragsunterlagen zu TTIP erhalte. Das hielt Oppermann aber nicht davon ab, trotz der vorhandenen Geheimniskrämerei zu behaupten, Deutschland als Wirtschaftsnation profitiere von dem Handelsabkommen.

Christoph Scherrer von der Uni Kassel verwies noch einmal auf die jetzt schon

bekannt gewordenen Senkungen von Umwelt und Verbraucherstandards und den Abbau von Schutzrechten für Arbeitnehmer/innen.

Auch die Warnung vor der endgültigen Freigabe jeglicher Art von Privatisierung in den Bereichen „öffentliche Dienstleistungen und Daseinsfürsorge“, konnte Oppermann nicht weiter beeindruckt. „Man werde dies schon zu verhindern wissen“, so sein Statement. Na ja, und dann gäbe es ja auch noch die internationalen Schiedsgerichte, von denen allerdings niemand weiß ob sie jemals öffentlich tagen werden, wie sie sich zusammensetzen und wer sie einsetzt. Aber für den Optimisten Oppermann alles kein Problem. Oder sollte man statt „Optimist“ lieber den Begriff „Opportunist“ nutzen?

(gn)

(...) Fortsetzung „Immer mehr Kommunen wehren sich ...“ von Seite 1

TTIP wird einen sog. Investitionsschutz verankern, der auch auf die Kommunen zurückschlagen könnte

Ein denkbare Beispiel für Göttingen: Aufgrund der schwierigen Wohnungssituation und ständig steigender Mietkosten, entscheidet sich der Rat der Stadt dafür, potentiellen Investoren für Neubauwohnungen bestimmte Auflagen zu machen: Z.B. eine bestimmten Quote zur Erstellung preisgünstigerer Wohnungen oder besondere Umweltauflagen. Er müsste befürchten, dass die Stadt auf Schadensersatz verklagt wird.

Als Schiedsgericht einer solchen Klage fungiert dann aber kein ordentliches Gericht, sondern ein geheim tagendes Gremium, dessen Einsetzung und Zusammensetzung sich jeglicher öffentlichen Kontrolle entzieht.

Die Göttinger Linke unterstützt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP, CETA und TiSA, die zwischenzeitlich in 21 EU-Ländern agiert und schon weit mehr als 700.000 Unterschriften gesammelt hat. Wir bitten alle, die noch nicht unterschrieben haben dies zu tun.

Wir begrüßen auch die doch recht eindeutige Stellungnahme der drei bundesweit agierenden kommunalen Vereinigungen Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund vom 10. Oktober dieses Jahres, die auf die heraufziehenden Gefahren für die Gebietskörperschaften hinweist.

Attac resümiert in ihrer Stellungnahme kritisch und warnend abschließend: „Die Kampagnen gegen Freihandelsabkommen haben es bisher nicht geschafft, die Tendenz zur Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche zu stoppen. Die geht auf allen Ebenen weiter, sei es auf der kommunalen Ebene, sei es weltweit. Wer gute öffentliche Dienste in den Städten und Gemeinden will, muss dem „soviel kapitalistischer Markt und Konkurrenz wie möglich“ ein „nur soviel Konkurrenz und Markt wie nötig“ und ein „soviel kooperative Formen des Wirtschaftens wie möglich“ entgegensetzen.

(gn)

Online-Unterschrift unter:
stop-ttip.org/de/unterschreiben

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,
Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mi, 10. Dez., 19.00 Uhr
Rathaus Raum 112

Thema: Ausländerpolitik der Stadt Göttingen. Eingeladen sind je ein Vertreter der Stadtverwaltung und des Integrationsrates

▶ Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

Auf seiner November-Sitzung hat der SprecherInnenkreis Gerd Nier zum Koordinator des kommunalpolitischen Arbeitskreises ernannt. Der SK freut sich, dass mit Gerd ein fachkundiger Genosse gewonnen werden konnte, der dieses Arbeitsgremium langfristig begleiten kann. Des Weiteren beschloss der SprecherInnenkreis, im Frühjahr 2015 eine turnusmäßige Mitgliederversammlung einzuberufen (Termin folgt). Bei dieser Sitzung soll es vor allem um die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2016 gehen, aber auch um die Neuwahl des SprecherInnenkreises und der RevisorenInnen gehen.

► Kreismitgliederversammlung

am 17. 11. 2014

Die von rund 40 Genossinnen und Genossen besuchte Kreismitgliederversammlung war geprägt von einem konstruktiven Diskussionsklima. Grundsatzentscheidungen oder Wahlen standen nicht an. Dafür gelang es, in der Arbeitssitzung eine Vielzahl zur vor vertagter Punkte zu klären.

So wurden Regelungen getroffen, die jedem Mitglied den Zugang zu Protokollen und anderen wichtigen Informationen der Partei verschaffen. Auch das Quorum für die Beschlussfähigkeit bei KSR-Sitzungen

wurde abgesenkt, um die Handlungsfähigkeit des KSR zu erleichtern.

Ausdrücklich gewürdigt wurde die Arbeit der Nettiquettenkommission, deren bisherigen Arbeitsergebnisse positiv zur Kenntnis genommen wurden. Die aus 5 Personen bestehende Kommission hat etliche Regeln im Umgang miteinander bei Versammlungen bzw. E-Mail-Diskussionen erarbeitet, die bei ihrer Einhaltung ein konstruktives und von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander im Kreisverband ermöglichen (vgl. entsprechender Antrag auf der Internetseite im

Mitgliederbereich des Kreisverbandes). Die Kommission wird weiter arbeiten. Sobald die die endgültigen Ergebnisse vorliegen soll über diese sowie die Frage, ob die vorgeschlagene Schlichtungsstelle eingerichtet wird und welche Befugnisse sie hat, auf einer KMV entschieden werden.

Eine Mehrheit der KMV missbilligte den im Januar erfolgten Einspruch der Aufnahme von Manuel Dornieden durch eine knappe Mehrheit im damaligen KSR. Manuel hatte damals die Einspruchsfrist bei der Landesschiedskommission veräußert, wurde jetzt aber durch einen KMV-Beschluss ermutigt in den Kreisverband einzutreten.

Vertagt auf die nächste Sitzung wurde ein Antrag zur Fusion des KV Göttingen mit dem KV Osterode. (vgl. Pro/ Contra-Artikel S.11) Auch die Diskussion zur Wählergemeinschaft Göttinger Linke soll zu einem späteren Zeitpunkt geführt werden.

Jutta Krellmann, MdB, Presseerklärung vom 19.11.2014

► DGB muss eigenen Beschluss zur Tarifeinheit ernst nehmen

„Wer beide Augen zudrückt, ist blind“, kommentiert Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die heutige Pressekonferenz des DGB zur Tarifeinheit. Krellmann weiter:

„Wer die Uneinigkeit unter den DGB-Gewerkschaften zu einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit mit dem Verweis abtut, dass sich alle Einzelgewerkschaften darin einig seien, dass mit dem aktuellen Gesetzentwurf das Streikrecht

nicht eingeschränkt wird, betreibt Augenwischerei und hintertreibt zugleich die eigenen demokratischen Spielregeln. Die Gewerkschaftsbasis hat sich schon im Mai deutlich gegen eine gesetzliche Tarifeinheit ausgesprochen, wenn diese das Streikrecht einschränkt. Die Feststellung, dass der aktuelle Gesetzentwurf aus dem Hause Nahles das Streikrecht unangefochten lässt, ist äußerst gewagt und ignoriert die schon heute sichtbaren

Folgewirkungen für anstehende Arbeitskämpfe. Wenn sich der DGB als Dachverband über die berechtigten Zweifel an einer gesetzlichen Tarifeinheit hinwegsetzt und sein Spielfeld eher bei der Bundesregierung als bei den betrieblichen Interessensvertretungen und den eigenen Mitgliedsgewerkschaften sieht, läuft er Gefahr, das in ihn gesetzte Vertrauen als politische Stimme aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verspielen.

DIE LINKE lehnt eine gesetzliche Tarifeinheit angesichts der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit ab und fordert den DGB auf, die geltenden Bundeskongressbeschlüsse nicht zu missachten. Die gesetzliche Tarifeinheit ist und bleibt ein Rohrkrepierer.“

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Eroberung Europas durch die USA

Lesung mit dem Schriftsteller Wolfgang Bittner

am Montag, 8. Dezember 2014, 19.00 Uhr

im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen

Seit Beginn der Ukraine-Krise wird der russische Präsident Putin in den westlichen Medien als kriegslüsternd, imperialistisch und als das personifizierte Böse schlechthin dargestellt.

Weit weniger wird über die Rolle der USA berichtet, die mit erheblichen fi-

nanziellen Mitteln ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Ukraine verfolgten, was schließlich, auch mit Hilfe der ukrainischen Faschisten, zum Sturz der gewählten Regierung der Ukraine und zur Wahl des USA-Freundes Arsenij Jazenjuk als neuen Ministerpräsidenten beigetragen hat.

Welche Rolle spielt die EU und spielt Deutschland in diesem Prozess? Welche Motive lassen sie im Kontext der Ukraine-Krise zum Nachteil der eigenen Wirtschaft handeln?

Der bekannte Göttinger Schriftsteller und promovierte Jurist Wolfgang Bittner präsentiert in seinem neuen Sachbuch „Die Eroberung Europas durch die USA. Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung am Beispiel der Ereignisse in der Ukraine“ einen Überblick der Geschehnisse seit Beginn der Maidanereignisse und stellt seine Analysen zur Diskussion.

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 18 – November 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die kurze Kreistagssitzung am 12. November enthielt überwiegend Formalia und einige gutgemeinte Anträge, die keine großen Kontroversen auslösten, abgesehen von der grundsätzlichen Fundamentalopposition der CDU gegen Resolutionen im Allgemeinen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 7 – Keine Kaffeesteuer bei Fairtrade (SPD/ Grüne)

Der SPD/Grüne Antrag wurde von Seiten der LINKEN ausdrücklich befürwortet. Wie sollen Einkommensschwache die Möglichkeit bekommen, ihr Konsumverhalten zu ändern, wenn fair gehandelter Kaffee deutlich teurer bleibt als herkömmliche Produkte?

Die CDU brachte ihr übliches „Schuster bleib bei deinen Leisten“ vor, die Freien Wähler dagegen machten zu diesem Aspekt deutlich, dass für sie Resolutionen der einzige Weg seien, sich an die oberen Ebenen der Politik zu wenden, da ihnen – im Gegensatz etwa zur CDU – kein übergeordneter Parteiapparat zur Verfügung steht. Der Inhalt des Antrags stand in der Debatte jedenfalls ziemlich im Hintergrund, vermutlich, da der Pirat und die CDU lautstark die Meinung vertraten, fair gehandelter Kaffee schmecke scheußlich. Zudem wurde von der CDU wieder einmal der Begriff des Gutmenschentums ausgepackt, was bei Grünen und LINKEN für Irritationen sorgte und zur Frage führte, warum dieses eigentlich als Schimpfwort gebraucht und gegen jede gut gemeinte Initiative eingesetzt werden könne. Vermutlich soll jedes nur im Ansatz kritische Anliegen sofort im Keim erstickt werden. Dies gelang in der Abstimmung allerdings nicht. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die CDU und den Piraten angenommen.

TOP 25 – Ausreichenden Sozialen Wohnungsbau ermöglichen (DIE LINKE)

Der von der LINKEN eingebrachte, an die Bundes- und Landespolitik gerichtete, Resolutionsentwurf wurde in den Ausschussberatungen von SPD/ Grünen modifiziert und vom Kreistag in der geänderten Fassung angenommen. Andreas Gemmecke machte deutlich, dass, gerade auch mit Blick auf die Situation in Göttingen, eine Wiederaufnahme des in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten weitgehend brachliegenden Sozialen Wohnungsbaus Voraussetzung für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sei. Die zunehmende Armut, vor allem durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, dürfe auf dem Feld der Wohnungspolitik nicht ausgeblendet werden.

Renate Krenz (SPD) sah sich veranlasst klarzustellen, die SPD „lasse sich keine Vorwürfe gefallen“ und verwies darauf, dass der Soziale Wohnungsbau in der Stadt Göttingen „ziemlich gut“ sei. Bisher sind aber vor allem die Quadratmeterpreise für die Vermieter *ziemlich gut!* Auf Bundesebene trägt eben auch die SPD die Verantwortung für die erfolgte weitgehende Einstellung des sozialen Wohnungsbau, auch wenn der neue OB und die Göttinger SPD das Problem grundsätzlich erkannt und erste Maßnahmen ergriffen haben.

→ Bei überwiegender Enthaltung der CDU angenommen

TOP 12 – Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor den „Handelsabkommen“ CETA, TTIP, TISA (DIE LINKE)

Vom Rat der Stadt Göttingen wurde bereits eine ähnliche Resolution verabschiedet, da durch diese Abkommen massive Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zu befürchten sind. DIE LINKE brachte dieses Anliegen nun auch in den Kreistag ein, die Beratung darüber wurde jedoch vertagt, da noch eine Abstimmung zu den Positionen der kommunalen Spitzenverbände vorgenommen werden soll.

→ Was haben TTIP, CETA und TISA mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun?

Die geplanten Abkommen werden zwischen der EU einerseits und den USA bzw. Kanada andererseits ausgehandelt. Die zu erwartenden Ergebnisse dieser Geheimdiplomatie lassen unter anderem befürchten

- dass einer weiteren Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen Tür und Tor geöffnet würde;
- dass durch eine restriktive Ausschreibungspflicht kommunales Handeln nur noch auf eine ökonomischen Grundlage reduziert würde;
- dass ein Investorenschutz verankert werden soll, der – auch den Kommunen – in Streitfällen den Zugang zur ordentlichen Gerichtsbarkeit versperren würde.

Unabhängig von der grundsätzlichen Kritik an diesen Abkommen und der Frage, ob sie überhaupt zustande kommen sollten, ist es wichtig sicherzustellen, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge prinzipiell nicht von einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft erfasst werden dürfen.

Diskussion Pro und Contra:

► Kreisverbände fusion Göttingen - Osterode

Auf der Kreismitgliederversammlung am 15.12. soll über die Fusion der Kreisverbände Göttingen und Osterode entschieden werden. Dazu gibt es einerseits Überlegungen, die Fusion im Juni nächsten Jahres durchzuführen. Andererseits liegt ein Antrag des OV Dransfeld vor, der die Fusion der Kreisverbände ablehnt.

PRO: Warum die Kreisverbände Göttingen und Osterode fusionieren müssen

von Dr. Eckhard Fascher, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Göttinger Kreistag

Mit der nächsten Wahlperiode am 01.11. 2016 wird die Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode vollzogen und damit der neue Kreis Göttingen mit rund 320.000 EinwohnerInnen gebildet. DIE LINKE in beiden Landkreisen hatte diese Fusion abgelehnt. Dies wurde unter anderem mit einer zunehmenden Bürgerferne dieses Gebildes und den erschwerten Bedingungen für ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete begründet.

Eine Fusion der beiden Kreisverbände wäre eine Anpassung unserer LINKEN Parteistrukturen an die dann geltende Gebietsgliederung. Mehrere Kreisverbände in einem Landkreis sind weder in der Bundessatzung (Ausnahme: Stadtstaaten) noch in der Landessatzung vorgesehen.

Es würde auch keinen Sinn machen, wenn eine Kreistagsfraktion zwei Kreisverbände als Ansprechpartner hätte und zwei KSR/Vorstände in einem Gebiet womöglich unterschiedliche Presseerklärungen abgeben würden. Auch wenn wir die Fusion abgelehnt haben, sind wir dann mit den Osteroder Genossinnen und Genossen in einer Gemeinschaft vereint und müssen damit umgehen.

Der Zusammenschluss beider Kreisverbände wurde bisher auch in Osterode als selbstverständlich betrachtet. Die Osteroder sind dabei sehr wohl über die innerparteilichen Probleme in Göttingen informiert und wünschen trotzdem als deutlich kleinerer Partner eine frühe Kreisverbandsfusion. Der Antrag, diese

Fusion nicht zu vollziehen, hat zu großen Irritationen geführt.

Eine schnelle Kreisverbandsfusion bis zum Juni diesen Jahres hat den Vorteil, dass die Listenaufstellungen und der Wahlkampf in gemeinsamen Gremien dann besser geplant und durchgeführt werden können. Bei einer sehr unterschiedlichen Verteilung der LINKEN Stimmen in den Wahlbezirken kann so auch besser eine Repräsentanz der Fläche ermöglicht werden.

Als Problem bleibt, dass wir auch in einem neuen Kreisverband in der Fläche im Vergleich zur Stadt relativ schwach verankert sind. Der Aufbau tragfähiger Strukturen kann aber am besten durch einen gemeinsamen KSR mit der neuen Kreistagsfraktion angepackt werden.

CONTRA: Was gegen eine Fusion der Kreisverbände Göttingen mit Osterode spricht

von Ulrich Maschke, Sprecher OV DIE LINKE. Dransfeld und Samtgemeinderatsherr

Als erstes spricht für uns als erstes die enorme Entfernung vor allem von Nord nach Süd in dem neuen Gebiet. Für die Göttinger ist das ja kein Thema, denn für euch ist fast alles mit dem Fahrrad oder dem Stadtbus zu erreichen. Für die Osteroder wird es aber dann wie bei den Staufenbergern, zu weit, zu teuer, kaum Kontakte.

Der KV hat es bis heute nicht einmal geschafft in Staufenberg im südlichsten Zipfel des Landkreises Göttingen und von Niedersachsen auch nur im Ansatz Strukturen zu schaffen.

Des weiteren gibt es nur max. 3 Ortsvereine im KV.

Die Strukturen von Osterode kenne ich nicht und ich hoffe es sollen nicht 2 kranke Strukturen vereint werden. Denn das verbessert nichts, sondern es verschlimmert nur den Zustand, wenn

jeder dem Anderen die Verantwortung zuschiebt, wenn es nicht klappt.

Dann kann ich es den Osterodern nicht zumuten die Querelen in unserem KV zu ertragen, hier ist es ja nicht mal möglich in eine Richtung und für die Menschen zu arbeiten. Hier ist es im Moment doch so, dass obwohl ein Übergangs KSR gewählt ist, einige die solidarische Arbeit auf Demos oder Kundgebungen boykottieren weil für sie die falschen Genoss-innen daran teilnehmen.

Zudem sieht der OV Dransfeld für sich die Gefahr, gar nicht mehr wahrgenommen zu werden. Außer das der erweiter KV mehr Delegierte auf Parteitage schicken kann, sehe ich überhaupt keine positiven Aspekte für uns.

Beide Kreisverbände sollten erst einmal eine vernünftige Basis schaffen um dann solide DIE LINKE in der Bevöl-

kerung zu vertreten, sollte das klappen, kann gerne über eine Fusion diskutiert werden.

Um den gesetzlichen Vorgaben Genüge zu tun, werden bei Kandidatenaufstellungen jeweils gemeinsame Versammlungen einberufen.

Der KV Göttingen ist nach unserer Meinung im jetzigen Zustand nicht in der Lage weitere Aufgaben zu verkraften.

Veranstaltungsreihe Roter Salon:

Wie finanzgetrieben ist der zeitgenössische Kapitalismus?

Streitgespräch mit Wolfgang Krumbein und Joachim Bischoff

Donnerstag, 15. Januar 2015, 19.00 Uhr,
Ort wird noch bekannt gegeben.

► Leserbrief

Die Göttinger Blätter erreichte zur Ausgabe Oktober ein Leserbrief, den wir gern veröffentlichen:

Auf der Titelseite der Ausgabe 10/2014 liefern Sie unter der Überschrift „Gesamtschulen - Endlich für Alle!?!“ einige bemerkenswerte Informationen. Die Tatsache, dass es in Göttingen in absehbarer Zeit keine Haupt- und Realschulen mehr geben wird, ist für Großstädte in Niedersachsen und weit darüber hinaus ziemlich einzigartig. Ab dem Jahr 2015 werden Eltern in Göttingen nach der Grundschule (nur noch) die Wahl zwischen Gymnasium und Gesamtschule haben. Die Frage ist, warum diese schulpolitisch ungewöhnliche Entwicklung in Göttingen offenbar so ohne Aufsehen über die Bühne geht. Wo bleibt der Aufschrei der Anhänger des gegliederten Schulsystems, wie er in allen anderen Regionen mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten gewesen wäre?

Als Erklärung bietet sich zunächst die Tatsache an, dass es offensichtlich weder für die Hauptschule noch für die Realschule eine einflussreiche Lobby gibt, die sich durchsetzungsstark hätte artikulieren können; ganz anders als im Fall des Gymnasiums, dessen Vertreter allemal die Ressourcen haben, auch kleinere Veränderungen zu ungunsten des Gymnasiums zu verhindern. Hinzu kommt eine spezielle Göttinger Besonderheit: Seit Mitte der 1970er Jahre, als

die ersten beiden Gesamtschulen in der Stadt starteten, gibt es zwischen den schulpolitisch entscheidenden Parteien einen groko-mäßigen Burgfrieden nach dem Prinzip:

Die eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, will politisch heißen: Schluckst du meine Gesamtschulen, rühre ich deine Gymnasien nicht an. Aus der Sicht vieler Gesamtschul-Befürworter hat sich dieser Weg des Kompromisses als eine kluge und erfolgreiche Strategie erwiesen mit dem o.g. Ergebnis, dass die negativsten Auswirkungen der unseligen Ausleseentscheidung am Ende der Grundschule durch den Wegfall der Haupt- und der Realschule beseitigt oder mindestens abgemildert werden und dass die Zahl der Gesamtschulen im Stadt- und Kreisgebiet steigt und wohl weiter steigen wird. Bei dieser positiven Einschätzung wird allerdings eine wesentliche Einschränkung gerne übersehen:

Die alte Hierarchie der Bildungswege wird mit der Akzeptanz der Wahl zwischen Gymnasium und Gesamtschule nicht aufgehoben. Im Gegenteil! Für nicht absehbare Zeit wird diese Hierarchie zementiert: Hier das Bildungsprivilegien bewahrende Gymnasium für den ‚besseren‘ Teil der Schülerschaft, dort die Gesamtschule für alle anderen. Hinzu kommt: Alle Schwierigkeiten und Probleme der schulischen Erziehung, die bisher das letzte Glied der Kette, die Hauptschule, zur Restschule verkümmern ließen, werden sich ja nicht in Luft auflösen, sondern sie werden in der Schulform neben dem Gymnasium kulminieren.

Aus dieser Einschätzung der schulpolitischen Situation, wie sie ab 2015 in Göttingen bestehen wird, ergeben sich für Gesamtschul-Befürworter m.E. zwingend einige Forderungen:

1. Der Anspruch der Gesamtschul-Reform, eine Bildungsprivilegien sichernde Schulstruktur zu überwinden und sie zu ersetzen durch eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen, die nicht der Auslese dient, sondern die auf die optimale Förderung eines jeden einzelnen jungen Menschen ausgerichtet ist, dieser Anspruch gilt auch künftig.



2. Die politische Auseinandersetzung im diesen Anspruch geht weiter. Sie gehört als wichtige gesellschaftspolitische Zielsetzung ins Zentrum des politischen Wettbewerbs. Für die Göttinger Sozialpolitik heißt das u.a. dass der Bestand von fünf Gymnasien nicht als gottgewollte Tatsache hingenommen wird.
3. Die verbleibenden Gymnasien sollten zu einer inneren demokratischen Weiterentwicklung verpflichtet werden. Sie sollten ihre Selektionsfunktion dadurch einschränken, dass sie für alle aufgenommenen Schüler die Verantwortung übernehmen und die übliche Abstufung in andere Schulen unterlassen. Außerdem sollten sie sich - wie alle anderen Schulen - mit den Konsequenzen der Inklusion - dem Rechtsanspruch behinderter Kinder und Jugendlicher auf gemeinsames Lernen in der Regelschule - auseinandersetzen müssen.
4. Für alle Gesamtschulen gilt: Konsequenter Abschied von den Resten der Dreigliedrigkeit innerhalb der eigenen Schule. Das bedeutet: Kinder und Jugendliche werden nicht mehr heimlich in Dreierpäckchen als potentielle Hauptschüler, potentielle Realschüler und potentielle Gymnasiasten aufgenommen und unterrichtet, sondern ihnen wird **allen** das Potential auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit so lange es eben geht offen zu halten, zugestanden und zugemutet. Die dauernde vergleichende Fachleistungsmessung mit herkömmlichen Noten und die Sortierung in Fachleistungskurse sind dazu ungeeignete Maßnahmen. Zu entwickeln ist vielmehr eine Pädagogik der Vielfalt. Dafür brauchen die Göttinger Schulen das Rad nicht neu zu erfinden. Seit vier Jahrzehnten zeigt die IGS in Geismar, dass und wie das gemeinsame Lernen in der Vielfalt gelingen kann.

Dieter Weiland
(ehem. Pädagogischer Leiter der IGS Göttingen-Geismar)

